

Liebe Genossinnen und Genossen



eine weitere Ausgabe unseres Mitgliederbriefs, die sich im Schwerpunkt mit der Gefahr für unsere Demokratie durch den Rechtsextremismus von AfD und Konsorten beschäftigt. Die vielen Demonstrationen machen uns beiden großen Mut.

In der Stadt und auch im Landkreis fanden viele meist sehr gut besuchte Veranstaltungen statt, die sich zwar im Ziel glichen, aber im Ablauf und in ihrer Art dennoch sehr unterschiedlich waren. Auf diese Weise deckten sie einen sehr breiten Querschnitt der Bevölkerung ab.

Wir wissen aber auch, dass das nicht genug ist. Die Demonstrationen reichen nicht, denn – mal abgesehen vielleicht von den Breisacher Montagsmahnwachern :-)) – hält das ja niemand ewig durch.

Viele haben das bereits erkannt und veranstalten landauf, landab Workshops für unsere Demokratie. In Freiburg gab es dieses Wochenende in der Lobby des Europaparkstadions ein Demokratiecamp. Wir sind sehr auf die Ergebnisse gespannt.

... weiter auf Seite 2



AUS DEM INHALT

Gedanken eines Demotouristen	2
100 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold	3
Selbstgefällige Gesinnungsdemonstration	6
Rätselfrage für zwischendurch	8
Niedriglohnsektor schrumpft	8
Termine	9
Impressum	12

Auch wir setzen uns mit diesem Thema auseinander. Der Ortsverein Hexental hat dazu den ehemaligen Vorsitzenden des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Andreas Voßkuhle zu Gast und Ende April werden wir ein weiteres „World-Cafe“ mit dem Titel „So stärken wir unsere Demokratie“ veranstalten. Corinna Friedrich, unsere Kandidatin für das Europaparlament, hat bereits zugesagt, mit weiteren möglichen Gästen sind wir im Gespräch.

Bleiben wir dran an dem Thema, denn das ist eine der ursozialdemokratischen Aufgaben.

Mit solidarischen Grüßen

Büh Stenede.



Gedanken eines Demotouristen

von Oswald Prucker

Demotourist. Ich glaube diesen Vorwurf muss ich mich mir ein bisschen gefallen lassen. Das Thema Rechtsextremismus und Demokratie ist mir aber einfach sehr wichtig. Ich war zwei Mal in Freiburg, in Bad Krozingen, Müllheim, Breisach, Gundelfingen

und war zuletzt dann in Titisee-Neustadt unterwegs.

Inhaltlich waren alle diese Demos sehr ähnlich, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten.



Die zweite Freiburger Demo „Wir sind die Brandmauer“ war sehr studentisch geprägt und sehr weit links, bei den Demos in Breisach und Gundelfingen waren die beiden Kirchen sehr präsent.

In Müllheim hörte ich die beeindruckendste Rede. Heinz Stauffer, Sprecher des Vereins Erinnerungskultur, stellt in sehr klaren Worten fest, wie sich die Sprache der AfD nicht von der der Nazis unterscheidet.

In Titisee-Neustadt habe ich es schließlich versäumt die traute Zweisamkeit eines Schildes mit Antifa-Logo und eines zweiten mit dem Caritas-Logo zu fotografieren.

Sehr spannend in Neustadt war auch die gemeinsame Rede von Vertretern der Ju-

gendorganisationen. Für die Jusos waren Ellen Joos und Aaron Rau dabei.



Bei allen Demos wurde diskutiert, ob es denn nun besser ist, gegen die AfD, gegen Extremismus zu demonstrieren oder für die Demokratie und unsere Freiheit. Im Grunde meinen beide Seiten das gleiche und ich finde die Diskussion manchmal etwas aufgesetzt. Beides ist wichtig, beides ist richtig. Wo ich nicht mitgehe sind Parolen wie „Ganz XY hasst die AfD“. Nein. Die hassen und auf diese Ebene will ich mich nicht begeben.



100 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

von Birte Könnecke

Heute vor 100 Jahren, am 22. Februar 1924, wurde in Magdeburg das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet. Sein Ziel war es, die noch junge Republik vor den anti-demokratischen Kräften zu schützen.



Innerhalb kürzester Zeit entwickelte es sich zu einer demokratischen Massenorganisation, die von den Nazis als "Judenschutztruppe" verunglimpft und 1933 dann verboten wurde. Seit der Wiedergründung im Jahr 1953 widmet sich der Verein der Bildungsarbeit, damit "Nie wieder" nicht vergessen, sondern gelebt wird.

Ich bin Beisitzerin im Bundesvorstand und im Landesvorstand und wir haben vor kurzem folgendes Positionspapier beschlossen:

100 Jahre Reichsbanner: Für eine aktive Verteidigung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Vor 100 Jahren, am 22. Februar 1924, wurde in Magdeburg das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet. Sein Ziel war es, den bestehenden und aufstrebenden

den anti-demokratischen Kräften wie dem Stahlhelm oder der SA der NSDAP eine demokratische Massenorganisation entgegenzustellen. Diese verschrieb sich den Werten der Freiheit und Demokratie: Sie wollte die junge Republik aktiv gegen ihre Feinde schützen. Das Reichsbanner wuchs schnell an und erreichte Anfang der 1930er Jahre eine Mitgliedszahl von circa drei Millionen. 1931 ging vom Reichsbanner die Initiative zur Gründung der Eisernen Front aus. Dabei handelte es sich um ein Bündnis von demokratischen Organisationen quer durch die Gesellschaft mit dem Ziel eine Machtübernahme der anti-demokratischen Kräfte verhindern sollte – letzten Endes erfolglos. Im März 1933 wurde das Reichsbanner von den Nationalsozialisten verboten, seine Mitglieder verfolgt, in Konzentrationslager verschleppt und zum Teil ermordet. Nach der Niederlage des Nazi-Staates gründete sich das Reichsbanner im demokratischen Deutschland wieder. Heute widmen wir uns zuvorderst politischer Bildungsarbeit und demokratischer Traditionspflege.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben eindrücklich gezeigt, dass die Werte und Ziele des Reichsbanners auch heute noch bedroht sind und aktiv verteidigt werden müssen. Verfassungsfeinde schmieden unverhohlenen Vertreibungspläne, anti-demokratische Kräfte sind bundesweit so stark wie seit Jahrzehnten nicht mehr, der demokratische Diskurs verroht und die In-

stitutionen unseres Gemeinwesens werden verächtlich gemacht.

Diesen Entwicklungen muss sich die Zivilgesellschaft entschieden entgegenstellen. Hunderttausende sind in Städten, Dörfern und Gemeinden in der ganzen Republik auf die Straße gegangen und haben unmissverständlich bewiesen, dass es zu Freiheit und Demokratie keine Alternative gibt. Aus allen Ecken Deutschlands hallt es: Nie wieder!



Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold steht damals wie heute Seite an Seite mit all jenen, die für die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eintreten und das Feld nicht den Verfassungsfeinden überlassen wollen. Wir unterstützen die Bemühungen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, landesweit und vor Ort Bündnisse zwischen Demokratinnen und Demokraten zu schmieden und Strukturen zum Erhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu schaffen. Am Frühstückstisch und am Arbeitsplatz, im Verein und beim Stammtisch, auf Demonstrationen und in der Gemeinde wollen wir unser Bekenntnis zur Demokratie

offen zeigen. Dabei müssen alle Demokratinnen und Demokraten zusammenhalten. Auch tiefgreifende Differenzen in unseren politischen Zielen oder bestehende Vorbehalte dürfen in dieser Frage kein Hindernis für gemeinsame Bündnisse sein.

Auch wenn wir in tagespolitischen Zielen oder gesellschaftlichen Vorstellungen getrennt sein mögen, sind wir uns hierbei einig: Die Feinde der Freiheit sollen an der Eisernen Front der geeinten demokratischen Gesellschaft zerschellen!

Dabei dürfen wir uns keinerlei Relativierungen erlauben. Denn so hat es schon 1924 unser Kanzler und späteres Mitglied Joseph Wirth im Reichstag formuliert:

Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. Da steht der Feind, und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts!

Aber nicht nur die Zivilgesellschaft wird durch diese Entwicklungen herausgefordert. Das Prinzip der streitbaren Demokratie gehört zur Grundessenz unserer Verfassungsordnung und ist eine zentrale staatspolitische Lehre aus dem Scheitern der ersten deutschen nationalstaatlichen Republik.

Auch nach über 75 Jahren finden daher die Ausführungen, die Carlo Schmid – Architekt unseres Grundgesetzes – im Parlamentarischen Rat gehalten hat, unsere Zustimmung:

Soll [...] Gleichheit und Freiheit völlig uneingeschränkt und absolut sein, soll sie auch denen eingeräumt werden, deren Streben ausschließlich darauf ausgeht, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten? Also: Soll man sich auch künftig so verhalten, wie man sich zur Zeit der Weimarer Republik zum Beispiel den Nationalsozialisten gegenüber verhalten hat? [...] Ich für meinen Teil bin der Meinung, daß es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, daß Sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. Ja, ich möchte weiter gehen. Ich möchte sagen: Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muß man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.

Den Schutz der menschlichen Würde erhebt unsere Verfassung zu Recht zur vornehmsten, ersten und unverhandelbaren Pflicht des Staates und seiner Institutionen. Es verbietet sich daher, im politischen Diskurs den Gebrauch der Waffen der streitbaren Demokratie (Parteiverbot, Grundrechtsverwirkung, Richteranklage etc.) unter Hinweis auf die Rechte der Verfassungsfeinde auszuschließen. Dies übersieht die Schutzpflichten des Staates für die die Demokratie, ohne die Menschenwürde nicht denkbar ist. Es steht auch im

Widerspruch zu einer Abwägung, die die Väter und Mütter des Grundgesetzes bereits getroffen haben und zu der wir uns regelmäßig bekennen. Gerade wir sollten auf die Verfahren, Hürden und Institutionen vertrauen, die unsere Verfassungsordnung zur Letztentscheidung über diese Fragen geschaffen hat.

MEHR ZUM REICHSBANNER

Auf der Webseite des Reichsbanners gibt es neben Informationen zum Reichsbanner heute auch eine umfangreiche Dokumentation der zur Geschichte ab der Gründung 1924 bis zum Verbot 1933.



reichsbanner.de

Die politischen Entscheidungsträger müssen verantwortlich damit umgehen, ob und wann sie die Waffen der streitbaren Demokratie zücken und entsprechende Verfahren einleiten. Es mag im Einzelnen rechtlich wie politisch umstritten sein, wann Regierung oder Parlament angehalten oder sogar verpflichtet sind, ein Parteiverbot einzuleiten. Dies ist aber unzweifelhaft der Fall, wenn sich die Nachweise der Verfassungswidrigkeit und die Gefahr für unser Gemeinwesen erhärten. Im Hinblick auf die AfD sprechen die jüngsten Entwicklungen eine deutliche Sprache. Es ist daher erforderlich, dass alle

notwendigen juristischen, polizeilichen und nachrichtendienstlichen Vorbereitungen getroffen werden, um ein Parteiverbot einleiten zu können.



Selbstgefällige Gesinnungsdemonstration

Von Oswald Prucker

Die Breisacher Demonstration mit dem Titel „Respekt, Toleranz, Vielfalt“ wurde maßgeblich vom SPD-Ortsverein organisiert. Ich war eingeladen, für den SPD Kreisvorstand zu sprechen.



Mit Helmut Schöpflin in Breisach

Das hat leider nicht so ganz geklappt, weil es einfach zu viele Redner:innen waren. Macht nix. In diesem Fall gibt man die Rede zu Protokoll. Mit anderen Worten: Ich packe sie in den Mitgliederbrief.

Liebe Demokratinnen und Demokraten.

So sieht sie also aus, die aufgehetzte letzte Reserve. Sie sind also die Marionetten der vorherrschenden Meinung. Stammt natürlich nicht von mir, stammt von einem AfD-Bundestagsabgeordneten. Und vermutlich treffen wir uns hier zu einer weiteren selbstgefälligen Gesinnungsdemonstration. So zumindest hat ein ortsansässiger AfD-Kreisrat die Breisacher Schülerdemo vom letzten Freitag genannt. Herr Rein: Sie haben es da wohl bei Ihrer Rede auch mit der Wahrheit nicht so genau genommen ...

Aufgehetzte Menschenmengen, die ihm mit purem Hass begegneten beklagte auch der Fraktionschef im Stuttgarter Landtag. Das ist natürlich gelogen und das weiß er auch. Denn Experten in Sachen Hass und Hetze sind sie ja zweifelsohne selbst.

Alice Weidel hat erst in der letzten Woche im Bundestag eine Rede gehalten, die der Fernsehjournalist Ulrich Deppendorf als das Hasserfüllteste bezeichnete was er in seiner Karriere als Journalist je im Deutschen Bundestag gehört hat. Sie brauchen das nicht zu überprüfen, das habe ich getan. Deppendorf hat Recht.

Ich muss nun aber gestehen, dass das für die drei Räte der AfD im Kreistag nicht gilt. Dort fallen sie durch Hass nicht auf. Dort fällt auf, dass sie eigentlich gar nicht auffallen. Denn dazu müsste man ja wenigstens mal da sein. So anwesend. Zum Bei-

spiel in den Ausschusssitzungen. Da wo die Arbeit gemacht wird. Da fühlt sich das AfD-Schild auf dem Sitzungstisch oft sehr einsam. Was dann auch die überall diskutierte Frage ob man mit der AfD zusammenarbeiten soll oder nicht, recht schnell beantwortet. Wie denn? Dazu müsste ja wenigstens mal irgendwas kommen. Aber da kommt nix. Ist auch besser so.

Meine Damen und Herren, ich sage das nicht, weil ich Wahlkampf machen will. Das müssen Sie mir glauben. Ich sage das, weil wir viel zu verlieren haben. Unsere Demokratie, unsere Freiheit, unsere Rechtsstaatlichkeit steht auf dem Spiel. Was mit Deportationsplänen beginnt gegen alle, die irgendwie nicht Biodeutsch aussehen, endet doch nicht da. Aus dem Umfeld eines AfDlers hört man zum Beispiel: „Junge Männer sollten gemustert und ein Jahr lang zum Wehrdienst verpflichtet werden“. In ähnlicher Manier „könnten junge Frauen gemustert und bei Eignung zur Abgabe von Eizellen verpflichtet werden, um die Demografie zu stabilisieren“.

Das ist kein dummes Gerede. Das könnte so und noch schlimmer kommen und das ist zum Beispiel in Polen so gekommen. Dort starb nicht nur eine junge Frau, weil sie noch nicht einmal ihren bereits toten Fötus abtreiben durfte.

Lasst uns also unsere Demokratie verteidigen. Das wird schwer, das wird Arbeit und da müssen wir noch deutlich kreativer

werden. Die Demos sind gut, sie setzen ein gewaltiges Zeichen. Aber das wird nicht reichen und wir können ja auch nicht ewig demonstrieren. Wir sind als Zivilgesellschaft gefragt und deshalb bitte ich Sie: Tragen sie den Schwung dieser Tage hinein in Ihren Alltag, an den Arbeitsplatz, in den Verein. Beziehen Sie Stellung für unsere Demokratie. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Vielen Dank.



Rätselfrage für zwischendurch

Von Oswald Prucker

Man muss ja nicht immer die großen, schweren Themen wälzen und deshalb für zwischendurch mal eine kleines Rätsel.



Fotos: Sandra Krafft | Olaf Kosinsky, CC BY-SA 3.0 de, commons.wikimedia.org

Lars Klingbeil und Roland Kaiser sind natürlich beide Mitglieder unserer großartigen Partei. Aber sie haben noch eine in meinen Augen leicht sonderbare Gemeinsamkeit. Welche ist das?

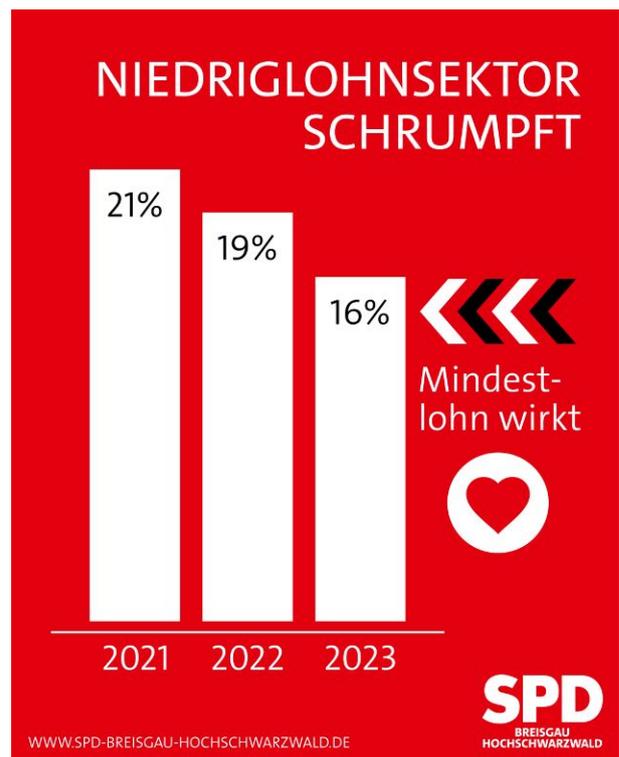
Antwort auf der letzten Seite.



Niedriglohnsektor schrumpft

Von Oswald Prucker

Das ist schön: Es arbeiten deutlich weniger Menschen im Niedriglohnsektor.



In den letzten beiden Jahren sank er von 21% auf ca. 16 %, also rund ein Fünftel weniger. Noch bis 2017 lag dieser Anteil sogar bei 23% und höher. Insgesamt ist also der

Niedriglohnsektor so klein, wie seit 25 Jahren nicht mehr.

Geschafft hat das unter anderem der höhere Mindestlohn von 12€. Ein zweiter Grund ist die Lohnpolitik der Gewerkschaften.

Dort werden mehr und mehr tarifliche Mindestlöhne durchgesetzt.



Mister Mindestlohn: Hubertus Heil. Bild: photothek.net

Klingt alles sehr gut, aber Vorsicht: Den Niedriglohnsektor verlässt man recht schnell: Bisschen mehr als 13€ reichen. Das ist natürlich keine sehr hohe Latte und auch ganz bestimmt noch kein auskömmliches Einkommen.

Es bleibt also bei aller Freude noch so einiges zu tun.



Termine, Termine

Alle aktuellen Termine findest du auch auf unserer Webseite – naja, meistens zumindest :-)



[Termine im Landkreis](#)

Stammtische

Digitaler Kreisstammtisch

 25. März und 15. April

 19:00 Uhr

 Zoom: (Meeting-ID: 883 6204 5387)
us02web.zoom.us/j/88362045387



Kaiserstuhl – Tuniberg – March

 12. März und 8. April

 19:00 Uhr

 Wirtshaus Perron (Bhf. Breisach)

Hochschwarzwald

 28. Februar und 24. April

 19:00 Uhr

 Hotel Jägerhaus in Titisee-Neustadt

Breisgau

 12. März

 20:00 Uhr

 Pizzeria "Bella Vita", Ehrenkirchen,
Unterdorfstraße 44



Andreas Voßkuhle: Herausforderungen der Demokratie im Zeitalter der Digitalisierung

 7. März

 19:00 Uhr

 Kleiner Saal im Forum Merzhausen

Andreas Voßkuhle ist Professor für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg.

Er war bis 2020 Präsident des Bundesverfassungsgerichts und ist aktuell Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie.

Eine Veranstaltung des Ortsvereins Hexental.



Bild: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Kino zum Internationalen Frauentag

 8. März

 19:30 Uhr

 Joki Kino, Bad Krozingen

Auch dieses Jahr zeigt die SPD im JOKI Kino Bad Krozingen einen Film zum Internationalen Frauentag. Eintritt frei!



SPD
Film zum Weltfrauentag
„We want Sex“

Ein Film über Arbeitskampf, Emanzipationsbewegung und Gender Pay Gap, anschließende Gesprächsrunde

KOSTENLOSER EINTRITT
TICKETS BITTE RESERVIEREN

08.03.2024
19:30 UHR
JOKI KINO
BAD KROZINGEN

SPD-BK.de

Der Film "We want Sex", im Original "Made in Dagenham", spielt in England Ende der 60er Jahre und porträtiert die Näherin Rita O'Grady. Sie steht unverhofft an der Spitze der 187-köpfigen Abteilung der Näherinnen bei Ford in Dagenham, die die Bezüge für die Autositze fertigen, und nun nichts Geringeres fordern als den gleichen Lohn wie die männlichen Kollegen.

Rita muss die Frauen gegenüber Gewerkschaftsführern und Firmenbossen repräsentieren, obwohl sie über keinerlei politische Erfahrung verfügt.

Einerseits schüchtern und unsicher, andererseits mit gesundem Menschenverstand und ausgeprägtem Gerechtigkeitsinn ausgestattet, demonstriert sie ungeahnte Fähigkeiten und Talente, erfindet sich neu und bleibt dabei doch mit beiden Beinen auf dem Boden, bewahrt sich ihre unprätentiöse Natürlichkeit.

Das Thema „Ungleiche Entlohnung“ ist auch heute noch brandaktuell. Nicht umsonst ist der „Equal Pay Day 2024 erst am 6. März - bis zu dem Tag haben Frauen rein rechnerisch umsonst gearbeitet.

Der Eintritt ist frei, Tickets bitte vorab auf der Jokil Internetseite reservieren.

www.badkrozingen.cineprog.net

Im Anschluss an den Film gibt es die Gelegenheit gemeinsam bei einem Glas Wein den Film zu besprechen. Ebenfalls anwesend sein wird der lokale SPD Bun-

destagsabgeordnete Takis Mehmet Ali aus Badenweiler und für Gespräche zur Verfügung stehen.

Eine Veranstaltung des Ortsvereins Bad Krozingen – Hartheim.

Kreisparteitag

 9. März

 15:00 Uhr

 Tagungsraum der Firma Hauri in der Bergstraße 114, Bötzingen

Unser Thema wird der ÖPNV im Landkreis sein. Wir freuen uns auf Jan-Peter Röderer, den verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Stuttgart, und auf Gabi Rolland, die mit kleinen Anfragen am Thema Breisgau-S-Bahn dranbleibt.



Das ist unsere Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Konstituierung
3. Kommunalwahl 2024 – Unser Wahlprogramm

4. ÖPNV im Landkreis. Eine Diskussion mit Gabi Rolland, MdL und Jan-Peter Röderer, MdL
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Delegierten zur Landesdelegiertenkonferenz (Kleiner Parteitag)
7. Antragsberatung
8. Berichte von Mandatsträgern
9. Verschiedenes

Merdingen Kindersachenmarkt

-  10. März
-  14:00 Uhr
-  Turn- und Festhalle, Jan-Ullrich-Straße, Merdingen

Du brauchst etwas für deine Kinder, deine Enkel, Patenkinder...? Kein Problem.

Am 10. März 2024 findet wieder der große Merdingen Kindersachenmarkt der SPD - Offenen Liste Merdingen statt.

Zum Verkauf an rund 60 Verkaufständen stehen Kinderklamotten mit Erfahrung in allen möglichen Größen und viele weitere praktische Dinge für Kinder. Spielzeug ist natürlich auch dabei.

Lasse die Küche kalt, schau vorbei und lasse dich verwöhnen bei Kaffee, Tee, Bier, Wein, Torten, Kuchen, frischen Waffeln und heißen Würstchen!

Das Küchenteam der SPD-Ortsgruppe und der Offenen Liste Merdingen freut

sich auf dich. Die Nettoeinnahmen werden wieder einer gemeinnützigen Einrichtung zufließen.

World-Café – So stärken wir unsere Demokratie

-  20. April
-  15:00 Uhr
-  Clara-Schumann-Haus, Clara-Schumann-Straße 15, Bad Krozingen

Wir können nicht ewig demonstrieren, wir müssen für unsere Demokratie ins Tun kommen. Aber wie?



Das wollen wir an diesem Nachmittag anhand verschiedener Fragen diskutieren. Zugesagt hat bereits unsere Europakandidatin Corinna Friedrich, weitere Experten sind angefragt. Details folgen.

IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald: Birte Könnecke, Oswald Prucker, SPD Regionalzentrum, Merzhauer Str. 4, 79100 Freiburg. Redaktion: O. Prucker, T. Kühnel und B. Könnecke.

Auflösung Quiz von Seite 8: Beide sind Fans des FC Bayern München.